



## **Sportausschuss**

### **2. Sitzung (öffentlich)**

26. September 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Vorsitz: Holger Müller (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |              |  |               |
|--------------|--|---------------|
| <b>1</b>     | <b>Einführung in die Sportpolitik in der 17. Legislaturperiode</b>   | <b>3</b>      |
|              | Bericht der Landesregierung<br>Vorlage 17/191  |               |
|              | Die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt Andrea Milz<br>(Staatskanzlei) berichtet.                                      |               |
| <br><b>2</b> | <br><b>Aktueller Sachstand der Spitzensportreform und die Auswirkungen<br/>auf den Spitzensport in Nordrhein-Westfalen</b> | <br><b>5</b>  |
|              | Bericht der Landesregierung<br>Vorlage 17/192  |               |
|              | StS Andrea Milz (StK) berichtet.   |               |
| <br><b>3</b> | <br><b>Sportpauschale im GFG 2018</b>  | <br><b>11</b> |
|              | Bericht der Landesregierung<br>Vorlage 17/193  |               |
|              | StS Andrea Milz (StK) berichtet.   |               |

Sportausschuss

26.09.2017

2. Sitzung (öffentlich)

Bar

**4 Verschiedenes****21**

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Terminplan für das zweite Halbjahr 2017 und für das Jahr 2018. (*siehe Anlage*)

Der Ausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD, Grünen und AfD eine Ausschussreise aller Ausschussmitglieder nach Berlin zu den Leichtathletik-Europameisterschaften für drei Tage und zwei Nächte in der Zeit zwischen dem 7. und dem 12. August 2018.

\* \* \*

## Aus der Diskussion

### 1 Einführung in die Sportpolitik in der 17. Legislaturperiode

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/191

Der Einführungsbericht der **Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt Andrea Milz (Staatskanzlei)** liegt mit Vorlage 17/191 vor.

**Rainer Bischoff (SPD)** geht davon aus, dass der Bericht in der nächsten Sitzung ausführlich diskutiert werde, wenn die Fraktionen die Gelegenheit gehabt hätten, sich in Ruhe damit auseinanderzusetzen.

Ihn interessiere aber bereits jetzt, welche Vertretungsregelung gelte, wenn die Staatssekretärin nicht selbst an einer Sitzung des Sportausschusses teilnehmen könne, und wer im Plenum für den Sport sprechen werde, da Frau Milz dort ja bedauerlicherweise als Staatssekretärin kein Rederecht habe.

**StS Andrea Milz (StK)** sagt zu, zügig eine Vertretungsregelung mitzuteilen. Bisher gebe es dazu noch keine Festlegungen. Das gelte auch für die Frage, welcher Minister im Plenum sprechen werde.

Eine Vertretung durch den Abteilungsleiter Sport Bernhard Schwank werde dem Ausschuss vermutlich nicht genügen.

Vielleicht kämen ja auch Ideen für die Vertretungsregelung aus dem Ausschuss.

Bei aller Wertschätzung für Herrn Schwank legt **Rainer Bischoff (SPD)** doch Wert auf eine politische Vertretung. Wenn Beamte falsche Auskünfte gäben, könnten sie ja nicht politisch „angeklagt“ werden.

**StS Andrea Milz (StK)** versichert, sich zügig um eine Vertretungsregelung zu bemühen, da ihr selbst daran gelegen sei. In dem Punkt bestehe Einigkeit.

**Jens-Peter Nettekoven (CDU)** erinnert daran, dass in der letzten Legislaturperiode die Sitzungen des Sportausschusses auch ohne die Ministerin stattgefunden hätten.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Er gehe davon aus, dass für diese Legislaturperiode eine Vertretungsregelung gefunden werde.

Sportausschuss

26.09.2017

2. Sitzung (öffentlich)

Bar

**Hannelore Kraft (SPD)** hält es schon für sehr wichtig, wer die Landesregierung in diesem Ausschuss vertrete. Diese Frage sollte schnell beantwortet werden.

In der letzten Legislaturperiode habe die Ministerin ja nicht an allen Sitzungen des Sportausschusses teilnehmen können, weil zeitgleich das Kabinett mit längeren Sitzungsdauern getagt habe.

Ihres Wissens seien die Kabinettsitzungen bei CDU und FDP sehr viel kürzer angesetzt. Das habe mit anderen Usancen zu tun. In der letzten Legislaturperiode hätten in den Sitzungen des Kabinetts Diskussionen stattgefunden, während jetzt bei Kabinettsitzungen nur die Beschlüsse gefasst würden. Das gehe nach ihrer Kenntnis in relativ kurzer Zeit. Zumindest sei das bei früheren Regierungen so gewesen.

In der letzten Legislaturperiode habe die Ministerin immer an den Sitzungen des Sportausschusses teilgenommen, wenn es ihr möglich gewesen sei und sie nicht im Kabinett gebraucht worden sei.

## 2 **Aktueller Sachstand der Spitzensportreform und die Auswirkungen auf den Spitzensport in Nordrhein-Westfalen**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/192

**Vorsitzender Holger Müller** gibt den Hinweis, dass dieser Tagesordnungspunkt mit Schreiben vom 8. September 2017 seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt worden sei.

Der Bericht von **StS Andrea Milz (StK)** liegt mit Vorlage 17/192 vor.

**Josefine Paul (GRÜNE)** fragt, ob Frau Milz davon ausgehe, dass Reduzierungen im Spitzensport in NRW in seiner Vielfalt stattfinden müssten.

Sie interessiere, ob es bei der institutionalisierten Mitsprache der Länder inzwischen eine größere Verbindlichkeit gebe gegenüber dem letzten Bericht, der vorgelegt worden sei, in dem sich das noch recht wolkig dargestellt habe.

Die Athletinnen und Athleten hätten die derzeitige Spitzensportreform ja durchaus kritisch begleitet. Sie wolle gerne wissen, ob die Landesregierung auch im Austausch mit den Athletinnen und Athleten in Nordrhein-Westfalen stehe. Denn es müsse ja auch darum gehen, die Interessen der Athleten zu vertreten und möglicherweise gegenüber dem BMI und dem DOSB noch einmal deutlich zu machen, wo gegebenenfalls aus Athletensicht Nachbesserungsbedarf bestehe.

Frau Milz habe davon gesprochen, dass die Bundesstützpunkte, die aus der Finanzierung fallen sollten, gegebenenfalls eine kompensatorische Landesförderung bekommen sollten mit dem Ziel, dass sie eventuell wieder in die Förderung der Bundesstützpunkte kämen. Das verstehe sie schlicht nicht. Wenn es doch eine Reduzierung geben solle, habe sie die Frage, ob das Ziel von NRW dann darin bestehe, im Grunde genommen in einem Verdrängungswettbewerb dann Stützpunkte anderer Länder aus der Förderung zu drängen.

**Rainer Bischoff (SPD)** hält die Ausführungen von Frau Milz nach wie vor für wolkig.

Nach dem Königsteiner Schlüssel müsste NRW 23 % der Leistungszentren haben. Damit wäre NRW aber nur Durchschnitt und nicht das immer wieder angesprochene Sportland Nummer eins. Er befürchte sogar, der Anteil von NRW sei noch geringer. Ihn interessiere die genaue Prozentzahl sowie ob und warum die Landesregierung diesem geringen Anteil zugestimmt habe und das so unvorteilhaft für NRW ausgegangen sei.

Außerdem bitte er um Auskunft, ob das Land NRW eine Finanzierungszusage mache für den Fall, dass Zentren infrage gestellt seien.

Er habe zudem die Frage, ob bei den Haushaltsberatungen schon entsprechende Mittel eingestellt werden müssten.

**LMR Bernhard Schwank (StK)** erläutert, es sei noch nichts final entschieden, weder was die Anzahl der Bundesstützpunkte noch was deren Standorte betreffe. Deswegen halte er es für richtig, dazu heute auch keine konkreten Aussagen zu machen, weil der Abstimmungsprozess weiterhin laufe und das formale Anerkennungsverfahren erst im Jahre 2018 früh beginnen werde. Es gebe ein festgelegtes Verfahren, in das die Länder auch zwingend einzubinden seien. Wenn ein Land einen Antrag auf einen Bundesstützpunkt ablehne, dann werde er nicht kommen. Das sei auch ein Ergebnis der Reform. Die Mitsprache der Länder sei bei der Strukturierung der Bundesstützpunkte fest eingebunden in den Zyklus der Anerkennung und Überprüfung.

Die Vielfalt des Sports in Nordrhein-Westfalen sehe er nicht in Gefahr. Man werde wahrscheinlich auch einige Bundesstützpunkte aufgrund der Leistungsentwicklung in NRW verlieren. Das sei aber seines Erachtens nicht dramatisch. Denn das sei einfach so im Sport und auch im Leistungssport. Wenn er vorausschauend überlege, wo man möglicherweise Bundesstützpunkte verlieren werde, dann fielen ihm Sportarten ein, bei denen man zwei oder sogar drei Bundesstützpunkte habe. Wenn in einer solchen Sportart ein Bundesstützpunkt dann möglicherweise nicht mehr da sei, dann verliere nicht die gesamte Sportart ihre Spitze im Land. Das werde nicht dazu führen, dass man in NRW weiße Flecken haben werde.

Man werde auch deswegen keine weißen Flecken haben, weil man dort, wo man in NRW Bundesstützpunkte habe, grundsätzlich auch Landesleistungsstützpunkte der Landesfachverbände habe, in der Regel sogar Landesleistungsstützpunkte im besonderen Landesinteresse. Diese Kategorie sei vor Jahren eingeführt worden, um an diesen Landesleistungsstützpunkten in besonderer Weise investiv arbeiten zu können.

Die Länder seien sich einig gewesen, dass bei einem Wegfall eines Bundesstützpunktes die Mittel, die der Bund bislang zur Verfügung gestellt habe, nicht eins zu eins von den Ländern ersetzt würden.

Man habe aber schon definitiv festgelegt, dass man die Nachwuchsförderung, die die allererste Aufgabe der Länder sei, an solchen Standorten natürlich nicht aufgeben werde im Zuge eines Wegfalls eines Bundesstützpunktes. Das wäre ja auch widersinnig im Sinne des Leistungssports. Denn der wachse von unten. Der Nachwuchs sei die entscheidende Grundlage. Man werde ganz genau darauf achten, dass mit dem Wegfall eines Bundesstützpunktes nicht auch ein Landesleistungsstützpunkt wegbräche.

Zur Mitsprache habe er gerade schon etwas gesagt. Man sei fest eingebunden in das Anerkennungsverfahren. Damit gebe es für die Länder eine verbindlichere Mitwirkung, auch für die Landessportbünde. Das sei neu in diesem Verfahren.

Er meine, dass man ganz gut mit den Athletinnen und Athleten im Gespräch sei, vor allen Dingen über die Olympiastützpunkte, die sehr nah dran seien in der täglichen Betreuung, aber auch über die Landesfachverbände, über die Trainerinnen und Trainer. Man habe eine Leitungsrunde Leistungssport im Land, die sich sehr eng austausche. Da gebe es immer wieder gute Hinweise, die berücksichtigt würden.

Die Überlegung, mit einem Königsteiner Schlüssel an Leistungs- und Spitzensport in Deutschland heranzugehen, würde nicht einer fachlichen Sichtweise der Sache entsprechen. Das könne man so nicht machen. Leistungszentren entstünden dort, wo sich Leistung tatsächlich auch von unten entwickle.

Trotzdem sehe man, wenn es so komme, wie er das vermute, auch nach dem Königsteiner Schlüssel ganz gut aus, was die Anzahl der Bundesstützpunkte anbetreffe.

Deswegen müsse man seines Erachtens ganz genau danach schauen, wo die Bedingungen für eine durchgängige Leistungsentwicklung von der Talentsichtung bis zur Vorbereitung eines Olympiateilnehmers im Land gegeben seien. Dort werde es dann auch einen Bundesstützpunkt geben. Dort werde man das mit einem Landesleistungsstützpunkt untersetzen und entsprechend fördern.

Man werde dafür sorgen, dass die Nachwuchsförderung, die allererste Aufgabe eines Landes, nicht leide, wenn ein Bundesstützpunkt wegfalle. Dazu gebe es auch Überlegungen, auch in 2018 im Haushalt entsprechend schon wirksam zu werden.

(Rainer Bischoff [SPD]: Bei der Einbringung wird schon etwas drin sein?)

– Ja.

**Hannelore Kraft (SPD)** äußert, sie habe den Koalitionsvertrag gelesen und Frau Milz habe hier vorgetragen. Der Anspruch sei, dass NRW Sportland Nummer eins sei. Herr Schwank habe gerade ausgeführt, dass der Königsteiner Schlüssel nicht der geeignete Maßstab sei, sondern es um Leistung gehe. Gemessen an den Medaillen bei den letzten Olympischen Spielen und Paralympischen Spielen sei Nordrhein-Westfalen weit überdurchschnittlich. Das müsste sich ja dann bei diesen Stützpunktvergaben auch entsprechend auswirken. Sie stelle Frau Milz eine politische Frage, nämlich welchen Anspruch Frau Milz habe, was am Ende des Tages für NRW herauskomme.

**StS Andrea Milz (StK)** beantwortet diese Frage auch politisch: Man werde bestimmt nicht kampflos aufgeben, wenn man in einem Sportfeld einen Bundesstützpunkt ersatzlos verlieren solle. Man werde dann dafür kämpfen, den zu behalten. Manches habe man ja doppelt. Da sei die Frage, ob das sein müsse. Aber es gebe auch Dinge, die man nicht doppelt habe. In den Fällen werde man sicherlich nicht ohne Weiteres etwas hergeben.

Die Aussage zum Königsteiner Schlüssel stimme. Man werde natürlich im nächsten Jahr die Verhandlungen, die jetzt ins Stocken geraten seien, ein Stück weit wieder von vorne führen. Man wisse ja auch noch gar nicht, wer dann im Bund der Verhandlungspartner sein werde. Darauf müsse sie sich dann einlassen.

An Kampfbereitschaft solle es nicht fehlen. Kampfbereit sei man. Man versuche natürlich, mit den Leistungen der Athletinnen und Athleten zu überzeugen. Das täten natürlich die anderen Bundesländer auch. Trotzdem mache man es ihnen ganz sicher nicht so leicht.

**Jens-Peter Nettekoven (CDU)** bedankt sich dafür, dass es gelungen sei, in Dormagen einen Bundesstützpunkt für Frauenringen zu installieren.

**Rainer Bischoff (SPD)** fragt Frau Milz, ob sie folgende zwei Thesen bejahe:

Erstens. Der Königsteiner Schlüssel sei Durchschnitt. Der Anspruch von NRW als Sportland Nummer eins müsse sein, deutlich über dem Königsteiner Schlüssel zu liegen.

Zweitens. Wenn denn die Finanzverhandlungen mit dem Bund nicht so erfolgreich seien, wie man sich das wünsche, dann dürften nicht die Stützpunkte darunter leiden, sondern dann müssten die Landesfinanzen das flächendeckend abdecken.

**StS Andrea Milz (StK)** bejaht beides so nicht.

Erstens. Auf Debatten um den Königsteiner Schlüssel lasse sie sich nicht ein.

Zweitens. Für die Landesregierung sei das völlig klar. Man könne nicht ersetzen, was der Bund nicht finanziere, und dann einen Quasi-Bundesstützpunkt unter einem neuen Titel erhalten. Man könne aber darauf achten, dass der Nachwuchssport an dem Standort nicht leide. Zurzeit erhielten diese Einrichtungen ja auch Mittel vom Land. Diese Mittel werde man ihnen ja dann natürlich nicht wegnehmen. Das heiÙe, selbst wenn ein Bundesstützpunkt seinen Titel verliere, werde das Land ganz sicher nicht das Geld dort wegnehmen.

Das sei ja auch gerade die Aussage gewesen. Die sollten ja später vielleicht noch einmal die Chance haben, wieder Stützpunkt zu werden. Das sei ja ein fließender Prozess. Deshalb werde man ihnen dafür ganz sicher nicht die Grundlagen entziehen.

**Rainer Schmeltzer (SPD)** geht davon aus, dass sich im Kampf um die Mittel die Sportminister der anderen Bundesländer über die Sportministerkonferenz einbrächten. Deshalb habe er die Frage, auf welcher Ebene das in NRW laufen werde und ob der Ministerpräsident persönlich dann diese Verhandlungen führen werde oder ob Frau Milz als Staatssekretärin dann im Kreise von 16 Bundesländern mit 15 Sportministern darum ringen werde.

Wenn Frau Milz sage, auf Debatten um den Königsteiner Schlüssel lasse sie sich nicht ein, interessiere ihn, wie sie sich dann bei den Gesprächen in Sachen Königsteiner Schlüssel einbringe. Der Königsteiner Schlüssel sei ja festgelegt.

**StS Andrea Milz (StK)** verdeutlicht, der Königsteiner Schlüssel habe in vielen Themenfeldern seine Berechtigung. Aber sie meine, dass er das ganz sicher nicht auf einer Ebene habe, wo man sich unter den Ländern über Spitzensport unterhalte. Das könne nicht nach einem Königsteiner Schlüssel gehen. Das wäre ja auch verrückt. Länder, die zum Beispiel im Spitzensport etwas weiter hinten lägen als ihr Schlüssel, würden dann ja entsprechend aufgewertet werden können, ohne dass eine Leistung und Kader dahinter stünden. Das halte sie für nicht zielführend.

Es sei entschieden worden, dass sie an der nächsten Sitzung der Sportministerkonferenz im November im Saarland teilnehmen werde. Von den Sportministern habe es dagegen auch keinen Widerstand gegeben. Man habe das entsprechend so geändert.

Sie sei sich aber in einem Punkt sicher: Wann immer man das Gewicht des Ministerpräsidenten brauchen werde, werde es da sein.

**Jens-Peter Nettekoven (CDU)** betont als Vorsitzender eines Fachverbandes, dort, wo die Leistung sei, müsse sie auch gefördert werden. Dort, wo keine Leistung sei, müsse sie nicht gefördert werden.

Wenn NRW 2032 viele Olympiateilnehmer haben wolle, müsse man einiges tun. Die SPD hätte es in den letzten sieben Jahren tun können, habe es aber nicht getan.

Die neue Landesregierung sei auf einem guten Weg. NRW sei gut aufgestellt in der Spitzensportförderung. Er erwarte gute Verhandlungen. Wenn man erfolgreich sei, bekomme man auch mehr Stützpunkte.

**Rainer Bischoff (SPD)** wiederholt die Aussage von Herrn Nettekoven, dem sportpolitischen Sprecher der CDU: Dort, wo die Leistung sei, müsse sie auch gefördert werden. Dort, wo keine Leistung sei, müsse sie nicht gefördert werden. – Herr Nettekoven sage also, in NRW habe man keine sportliche Leistung gebracht. Das müsse Herr Nettekoven erklären. Bisher sei man da völlig anders unterwegs gewesen. Frau Kraft habe das ausgeführt. Herr Nettekoven sage: Wo keine Leistung sei, werde dann nicht gefördert. – Das sei die Botschaft, die Herr Nettekoven hier in die Welt setze. Das sei schon toll.

Herr Bischoff habe ihn richtig verstanden, so **Jens-Peter Nettekoven (CDU)**. Man habe den Deutschlandachter in Dortmund. Der sei erfolgreich. Dort, wo der Sport erfolgreich sei, werde er gefördert.

(Zurufe von der SPD)

– Dann werde er nicht vom Bund gefördert.

**Hannelore Kraft (SPD)** hebt hervor, entgegen dem Kollegen sei sie der Auffassung, dass der Sport in Nordrhein-Westfalen außerordentlich erfolgreich sei, gerade im Leistungssportbereich. Das zeige die Zahl der Medaillen.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

– Herr Nettekoven habe doch gerade gesagt, die vorherige Landesregierung sei nicht erfolgreich gewesen. Offensichtlich sei die letzte Landesregierung mit der Spitzensportförderung ja doch erfolgreich gewesen, weil es ja genug erfolgreiche Sportler bei den Olympischen Spielen und bei den Paralympischen Spielen, Weltmeisterschaften und Europameisterschaften gegeben habe.

Man sei sich einig darüber, dass der Königsteiner Schlüssel kein Maßstab sei. Dann habe sie aber die Frage, was der Maßstab von Frau Milz und der neuen Landesregierung sei und ob der damit zu tun habe, wie viel Prozent der Medaillen NRW bei den Großereignissen bisher geholt habe. Dann liege man weit oberhalb vom Königsteiner Schlüssel. Sie interessiere, welche Messlatte sich Frau Milz selbst lege für die Verhandlungen, um am Ende mit einem Resultat herauszukommen, das heiße: NRW sei das Sportland Nummer eins.

**StS Andrea Milz (StK)** legt dar, der Königsteiner Schlüssel könne nicht zum Ziel führen. Denn es sei ja ganz unterschiedlich, wie viele Medaillen von den einzelnen Bundesstützpunkten, von den Kadern nachher erreicht würden. Das könne doch nicht in irgendeinen Schlüssel umgerechnet werden. Das habe man auch gar nicht in der Hand.

Sie müsse gucken, welche Struktur man in Nordrhein-Westfalen habe. Sie schaue natürlich darauf, welche Ergebnisse erzielt worden seien. Mit diesen Ergebnissen begründe sie dann ja im positiven Sinne auch ihr Ansinnen, eben nicht reduzieren zu wollen.

Nichtsdestotrotz: Wenn der Bund sage, 20 % sei die Maßgabe, dann könne NRW nicht sagen, es mache gar nichts. Damit würden sich die anderen nicht einverstanden erklären. Man lebe ja letztlich da in einem Geben und Nehmen. Man müsse dann schauen, wie man sich wiederfinde.

Natürlich gucke sie sich dann die Situation jedes Stützpunkts, über den diskutiert werde, daraufhin an, welche Ergebnisse und Potenziale er habe und welche Verbesserungen noch angedacht werden könnten. Die Frage sei, was dann vielleicht auch ins Feld geführt werden könne. Ein Beispiel sei die Frage, wo man schon besondere Partner habe, um den Athleten ein Angebot zum Thema „duale Karriere“ machen zu können. Eventuell sei man an einem Standort ja gut vernetzt mit Universitäten und Arbeitgebern.

Das alles habe ja nicht nur etwas mit Medaillen zu tun. Sie kämpfe für die Stützpunkte, von denen sie überzeugt sei, dass sie auch absolut zukunftsfähig seien.

### 3 Sportpauschale im GFG 2018

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/193

**Vorsitzender Holger Müller** teilt mit, dass dieser Tagesordnungspunkt mit Schreiben vom 11. September 2017 seitens der SPD-Fraktion beantragt worden sei.

Der Bericht von **StS Andrea Milz (StK)** liegt mit Vorlage 17/193 vor.

**Rainer Bischoff (SPD)** zeigt sich erstaunt. SPD und Grüne hätten als Regierungsfractionen intern auch durchaus darüber diskutiert. Dass Ministerin Scharrenbach das gut finde, könne er ja noch nachvollziehen, aber dass Frau Milz als Sportstaatssekretärin das unterstütze, verstehe er nicht.

Die CDU habe schon eine halbe Stunde vor der Sitzung eine Pressemitteilung herausgegeben und diese Pläne begrüßt, ohne die Argumente der Opposition gehört zu haben. Das sei ein dicker Hund.

In der letzten Legislaturperiode habe der Ausschuss das Thema intensiv diskutiert. Alle Fraktionen hätten die Sportpauschale als sakrosankt angesehen. Daran habe es überhaupt keinen Zweifel gegeben, auch seitens der CDU nicht.

Jetzt bezeichne Frau Milz es als Erfolg, dass man die Sportpauschale verloren habe. Das sei ein dicker Hund.

(StS Andrea Milz [StK]: Die ist ja nicht weg!)

Die Stadtsportbünde in NRW seien doch ganz unterschiedlich stark. In Duisburg werde man das vermutlich hinkriegen, aber es werde nicht gelingen, in 396 Kommunen flächendeckend diese Sportpauschale zu bewahren. Es handele sich um eine freiwillige Leistung.

Aktuell werde auch von G8 auf G9 umgestellt. Das heiße, es müssten viele Schulgebäude erweitert werden. In der Situation könne man es doch nicht ermöglichen, dass die Mittel der Sportpauschale auch für Schulgebäude verwendet werden könnten. Die Kommunen würden ja dann auf das Konnexitätsprinzip verweisen und sagen, das Land müsse die Umstellung von G8 auf G9 bezahlen. Er sei gespannt, wie der Finanzminister auf diese Forderung der Kommunen reagieren werde und ob der dann nicht sage, die Kommunen könnten dafür doch die Sportpauschale einsetzen.

**Josefine Paul (GRÜNE)** fragt – überspitzt formuliert –, ob sie es richtig verstehe, dass eine Sportstättenentwicklungsplanung jetzt kommunal ersetzt werden solle durch das Prinzip: Wer am lautesten schreit, kriegt auch die meisten Fördermittel. – Das hielte sie für keinen Fortschritt, sondern eher für einen sportpolitischen Rückschritt.

Sie interessiere, was das für die Förderung des vereinsungebundenen Sports bedeute, wenn Frau Milz sage, die Bünde müssten für die Interessen des organisierten Sports trommeln. Diese Sport- und Bewegungsgelegenheiten würden ja in zunehmendem

Maße wichtig. Wenn die Bünde mehr in der Verantwortung stünden, befürchte sie, dass der vereinsungebundene Sport das Nachsehen habe.

Nach ihrem Verständnis finde doch gar kein Aufwuchs des gesamten GFG über konjunkturelle Effekte hinaus statt, sondern die hochgelobte Erhöhung der Sportpauschale um 3 Millionen €, die im Übrigen gegenseitig deckungsfähig seien mit der Schulpauschale, gehe doch zulasten der Gesamtaufwendungen des GFG. Das sei doch „linke Tasche, rechte Tasche“, was hier gemacht werde.

Aus ihrer Sicht sei der Erfolg hier eher mittelmäßig, wenn überhaupt vorhanden und messbar.

**Hannelore Kraft (SPD)** zitiert aus dem heutigen Interview von Frau Milz in den „Westfälischen Nachrichten“:

„Das bedeutet: Wenn beispielsweise in einem Topf die vorgesehenen Mittel nicht verbaut werden können, weil kein Planungsrecht vorliegt, kann man diese Mittel für den Sport nutzen, um ein fertig geplantes Objekt zu finanzieren. Das ging ja bisher nicht.“

Sie vermute, Frau Milz sei in dem Punkt falsch informiert worden. Denn das sei bisher sehr wohl gegangen. Man habe ansparen können. Das hätten die Sportbünde auch getan. Insofern teile sie die Bewertung von Frau Milz, dass dadurch die kommunale Handlungsfähigkeit gestärkt würde, in keiner Weise. Es handele sich um eine Möglichkeit, die es auch bisher schon gegeben habe.

Sie bitte Frau Milz um eine glasklare Auskunft, ob sie sicherstellen könne – das werde für die Debatte auf der kommunalen Ebene außerordentlich interessant sein –, dass bei der Wiedereinführung von G9 und den damit verbundenen Konnexitätsfragen die Argumentation nicht lauten werde, die Kommunen hätten doch bei der Sportpauschale mehr bekommen und sie hätten die Deckungsfähigkeit der einzelnen Positionen. Die Frage laute auch, ob Frau Milz sicherstellen könne, dass in den Haushaltsvorschlägen für die Wiedereinführung von G9 ein entsprechender Aufwuchs der Mittel vorhanden sei.

**StS Andrea Milz (StK)** betont, die Landesregierung habe die Sportpauschale ja nicht abgeschafft. Diesen Eindruck habe Herr Bischoff erweckt. Die Sportpauschale gebe es nach wie vor.

(Rainer Bischoff [SPD]: Sie ist beliebig geworden!)

Nur die Bedingungen seien andere. Zum ersten Mal sei sie tatsächlich innerhalb des gesamten GFG erhöht worden.

Interessant sei der Ansatz auch für die kleinen Kommunen. Bisher habe eine ganze Menge an Kommunen da gar nicht mitmachen können. Das sei als solches eine Verbesserung.

Auch bisher habe Geld angespart werden können. Sie sei aber beispielsweise bei der Einweihung eines Kunstrasenplatzes gewesen, bei der ihr die Kommune erzählt habe,

wie viele Jahre es gedauert habe, das Geld anzusparen, damit die Sportler diesen heiß ersehnten Platz hätten bekommen können.

Die Landesregierung habe das Vertrauen in die Kommunen, dass sie sich dieser Verantwortung bewusst seien. Die Kommunen seien ganz nah an den Bedarfen ihrer Bürgerinnen und Bürger, viel näher als man das in Düsseldorf sei. Mehr Spielraum für die Kommunen sei doch eine bekannte Forderung. Die Frage sei doch, warum es immer mehr Vorschriften geben sollte und man das nicht erlauben sollte.

Ein gewisses Misstrauen könne ja manchmal begründet sein. Deshalb sage man doch: bis 2020. Das seien drei Jahre. Nach den ersten beiden Jahren könne man das schon evaluieren. Dann werde man ja sehen, ob sich die Befürchtungen bewahrheitet hätten oder ob man tatsächlich überall die Chancen genutzt habe. Dann könne ehrlich Bilanz gezogen werden.

Bilanz gezogen werde ja noch in dieser Wahlperiode. Dann könne man sich darüber ja noch einmal unterhalten. Man sollte nicht von vornherein immer sagen, dass die Kommunen das nicht könnten.

Sie kenne die Bünde ja auch gut. Sie werbe nur dafür, dass Bünde, die sich bisher kommunal eher zurückhaltend oder gar nicht geäußert hätten, ihre Zurückhaltung jetzt aufgeben und sich um ihre Möglichkeiten kümmern. Man könne natürlich sagen, die könnten das alle nicht. Das möge in dem einen oder anderen Fall ja zutreffen. Vermutlich hätten alle hier die gleiche Art von Bünden vor Augen, wenn sie das sage.

Sie wisse aber, dass auch der Landessportbund ein hohes Interesse daran habe, die Bünde politikfähiger zu machen. Der Landessportbund habe auch schon Ansätze, wie man dieses Thema insgesamt ein bisschen in den Fokus rücken könne. Sie sei gerade bei dem regelmäßigen Treffen der Kreissportbünde gewesen. Dort sei genau das als Tagesordnungspunkt behandelt worden. Die hätten das selber „Politikfähigkeit der Bünde“ genannt.

Frau Paul habe den unorganisierten Sport angesprochen. Es könne natürlich auch da wieder nur die Verantwortung der Kommunen angeführt werden für das gesamte Umfeld, in dem man sich kommunal bewege. Es bestehe Einigkeit, dass natürlich nicht der, der am lautesten schreie, alles bekommen solle. Auch hier sehe die Realität aber manchmal anders aus. Sie habe aber das Vertrauen in die Kommunen, in die Räte, in die kommunalen Parlamente, dass die das im Auge behielten und nicht alles nur dorthin gäben, wo jemand am lautesten schreie.

**Markus Herbert Weske (SPD)** kann sich nicht vorstellen, dass diese Deckungsfähigkeit dazu führe, dass in einer Kommune ein Kunstrasenplatz eher zur Verfügung stehe und dafür ein Schuldach nicht repariert werde.

Eine Kommune spare aber vielleicht das Geld an, um in zwei Jahren das Schuldach zu reparieren.

Hier sollte nicht Tür und Tor geöffnet werden. Bisher sei ja auch nicht die Frage beantwortet worden, ob die Landesregierung zur Finanzierung der Wiedereinführung von

Sportausschuss

26.09.2017

2. Sitzung (öffentlich)

Bar

G9 frisches Geld in die Hand nehmen werde oder ob sie auf die Deckungsfähigkeit verweisen werde. Das sei doch die Kernfrage an dieser Stelle.

Hier werde der Schwarze Peter den Stadtsportbünden und den Kommunen zugeschoben. In Düsseldorf koste die Wiedereinführung von G9 100 Millionen €. Jetzt solle sich der Stadtsportbund durchsetzen, damit das nicht zulasten des Sports gehe, sondern das Geld woandersher genommen werde. Damit mache es sich die schwarz-gelbe Landesregierung wahnsinnig einfach. Das gehe so nicht.

**Rainer Schmeltzer (SPD)** stellt fest, er sei der Einzige hier in der Runde, der 2004 dem Sportausschuss angehört habe, als die Sportpauschale eingeführt worden sei. Diese Sportpauschale sei seinerzeit aus guten Gründen eingeführt worden. Es habe sehr lange gedauert, bis es Bescheide gegeben habe, wenn die Städte und Gemeinden Sportstätten beantragt hätten und Förderanträge gestellt hätten. Kunstrasen sei damals noch nicht so aktuell gewesen, aber vergleichbare andere Sportanlagen zu bekommen, habe damals wesentlich länger gedauert als das Ansparen für einen Kunstrasenplatz heute über die Sportpauschale.

Aus guten Gründen sei seinerzeit bei der Festlegung der Richtlinien für die Sportpauschale gesagt worden, dass angespart werden könne. Die Städte, die damit verantwortungsvoll umgingen – davon gebe es einige –, machten sich genaue Pläne mit den Stadtsportverbänden, Kreisbünden usw. Die wüssten auch ganz genau, wohin die Reise gehe.

Wenn das jetzt aber genau andersherum laufe, nämlich dass öffentliche Gebäude über das hinaus finanziert werden sollten, was in der letzten Legislaturperiode an Geld zur Verfügung gestellt worden sei – das sei extrem viel gewesen –, dann könne man es auch dem Sport wegnehmen.

Wenn Frau Milz sage, der Sport müsse für seine Belange etwas lauter trommeln, um beteiligt zu werden, und der Sport müsse lernen, sich da durchzusetzen, dann bitte er sie, sich vor Ort bei den Stadtsportverbänden und Kreissportbünden mal die handelnden Personen anzusehen. Das seien keine Politiker. Das seien keine Leute, die zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle den Mund aufmachen könnten. Selbst wenn sie es könnten, säßen sie nicht in den kommunalpolitischen Gremien, in denen die Beschlüsse gefasst würden.

Aufgrund der Parteienvielfalt und der Wählergemeinschaften säßen in den Stadträten mittlerweile auch nicht mehr nur die großen Parteien. In den kommunalen Parlamenten sei es schwierig geworden, sich mit den kleineren Parteien und den Wählergemeinschaften auseinanderzusetzen, wenn es um solche Dinge gehe.

Darin liege eine große Gefahr, dass der Sport eben nicht so laut trommeln könne und dass er sich nicht politisch so durchsetzen könne, wie Frau Milz es glauben machen wolle.

Außerdem habe Frau Milz eben gesagt, man müsse nicht auf diejenigen hören, der am lautesten schreie. Das widerspreche ihrer Aussage in ihrem Interview.

Jetzt sei das Geld dem Sport fest zugeordnet. Es gehe nichts nach links oder nach rechts. Ausgenommen seien die Schulsportanlagen. Die seien bewusst ausgenommen worden, damit dort auch die Schulpauschale eingesetzt werden könne. Wenn es Vereinssport und Schulsport betreffe, dann könnten beide Pauschalen eingesetzt werden. Dies müsse gewährleistet sein. Von daher dürfe man da nicht dem Sport den Schwarzen Peter zuschieben.

Zur Konnexität und Schulbaufinanzierung wünsche er sich eine konkrete Antwort. Dazu habe Frau Milz bisher keinen Ton gesagt.

**Jens-Peter Nettekoven (CDU)** merkt an, die SPD habe am 11. September einen Bericht zur Sportpauschale beantragt.

Am 15. September habe die SPD die Kreis- und Stadtsportbünde angeschrieben und die Aussage getätigt: Schlimmstenfalls bedeute dies sogar, dass sowohl Ausgaben für den Sport wie auch Ausgaben für die Schule zugunsten anderer investiver Ausgaben gekürzt werden könnten. – In dem Schreiben stehe kein einziges Wort dazu, dass die 2004 eingeführte Sportpauschale seit 2009 zum ersten Mal erhöht werde. Dort stehe nicht, dass die Sportpauschale jetzt um 6,6 % erhöht werde.

Eigentlich müsste doch der schulpolitische Sprecher der SPD Jochen Ott noch stärker befürchten, Mittel zu verlieren, und einen gleichlautenden Brief an die Kommunen geschickt haben. Ihn interessiere, warum Herr Ott das nicht getan habe.

Die CDU sehe eine riesige Chance, dass Mittel eher in den Sport fließen als aus dem Sport in die Schule.

**Hannelore Kraft (SPD)** bittet erneut um eine Antwort auf die von ihr gerade gestellte Frage. – **Vorsitzender Holger Müller** stellt fest, diese Antwort sei zugesagt worden.

**Andreas Terhaag (FDP)** fragt, ob die Vorgängerregierung jemals überprüft habe, dass die Sportpauschale tatsächlich für den Sport ausgegeben worden sei. Diese Überprüfung würde er gerne sehen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das war sogar Gegenstand des Sportausschusses in der vergangenen Legislaturperiode!)

– Das sei ihm nicht bekannt.

**Josefine Paul (GRÜNE)** bestätigt, das sei Gegenstand des Sportausschusses gewesen, weil Herr Hübner das im Auftrag des Landes mit überprüft habe.

Frau Milz sei nicht auf ihre Frage zu den Gesamtmitteln eingegangen. Herr Kollege Nettekoven habe ja darauf hingewiesen, dass die Sportpauschale in den letzten Jahren nicht erhöht worden sei. Sie wolle wissen, ob die CDU bereit sei, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Gesamtvolumen des GFG in den letzten Jahren massiv erhöht worden sei und dass auch natürlich frei verfügbare Mittel des GFG für Sport und Sportstätten einsetzbar seien, je nachdem, wie die Kommunen eben ihre frei verfügbaren Mittel ausgeben wollten.

So wie sie die Eckpunkte lese, sei das kein Aufwuchs aus zusätzlichen Mitteln, sondern das sei eine Umverteilung innerhalb des GFG, was also bedeute, dass die angekündigte größere Handlungsfähigkeit der Kommunen doch eingeschränkt werde an der Stelle, an der sie das aus den frei verfügbaren Mitteln nähmen. Aus dem, was die Kommunen frei zur Verfügung hätten, werde die Erhöhung für die Sportpauschale genommen. So viel zum Thema „Erhöhung der Flexibilität innerhalb der kommunalen Planungen“!

Die Aussagen dazu, dass der Sport lauter trommeln müsse, finde sie nach vor ein bisschen unbefriedigend. Sie habe gedacht, man wäre durchaus weiter gewesen bei der Frage, wie Kommunen eigentlich Prozesse organisierten, um ihre Sportstättenlandschaft zukunftsfähig zu machen. Da gehe es eben nicht darum: Wer am lautesten trommle, der bekomme auch das Meiste.

In einer Zeit, in der die Glaubwürdigkeit des Sports – Stichwort Nachvollziehbarkeit von Vergabeentscheidungen – infrage stehe, wolle sie im Übrigen auch nicht, dass die Landesregierung den Eindruck erwecke, dass hier Fördermittel an denjenigen vergeben würden, der am lautesten schreie.

**Ralf Jäger (SPD)** führt aus, so alt das Gemeindefinanzierungsgesetz sei, so alt seien auch sogenannte Befrachtungen im Gemeindefinanzierungsgesetz, um bestimmte politische Ziele zu verfolgen. Mit Einführung der Sportpauschale habe der damalige Landesgesetzgeber das Ziel verfolgt, ganz gezielt Sportinfrastruktur in den Kommunen zu finanzieren und zu stärken. Wenn man jetzt diesen Zweck aufhebe oder aufweiche, sei die Folge, dass ein solcher Zweck natürlich in Konkurrenz zu allen anderen Bedarfen in jeder Kommune gestellt werde.

Die Schlussfolgerung, dass das dann immer zugunsten des Sportes ausgehe, sei seines Erachtens in hohem Maße falsch. Im Gegenteil, der Druck auf den Sport werde in den Kommunen deutlich zunehmen, vor allem deshalb, weil der Investitionsbedarf in anderen kommunalen Infrastrukturen deutlich steigen werde, Stichwort G8/G9. Das werde sich in den 396 Kommunen sehr unterschiedlich darstellen, aber rein rechnerisch sei fast überall von einem erhöhten Raumbedarf auszugehen. Das heiße, die Kommunen müssten mehr in die Bildungslandschaft investieren.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

– Er rate, mal mit den Kämmerern zu reden. G8/G9 werde natürlich zu einem Mehrbedarf bei den Schulträgern führen, insbesondere für zusätzlichen Schulraum. Wenn man mehr Schüler länger unterrichte, sei die zwangsläufige Folge, dass man dafür mehr Schulraum brauche, es sei denn, man stelle die Schülerinnen und Schüler auf den Schulhof.

Dieser zusätzliche Bedarf G8/G9 werde natürlich konnexitätsrelevant sein. Das sei nach der gängigen Rechtsprechung des Landesverfassungsgerichtshofes so. Nach der gängigen Auffassung der Verfassungsrechtler in Nordrhein-Westfalen sei das so und werde so sein. Das werde Konnexitätsansprüche der Kommunen auslösen.

Sportausschuss

26.09.2017

2. Sitzung (öffentlich)

Bar

Er stelle die Frage an Frau Milz, ob sie ausschließen könne, dass die gegenseitige Deckungsfähigkeit dieser Pauschalen letztendlich dafür herhalten müsse, dass die Konnexität, die in den Kommunen ausgelöst werde, sozusagen gegenfinanziert werde.

Die Verabschiedung aus der landespolitischen Verantwortung für die Sportförderung und das nach unten auf die Kommunen zu verlagern mit aller Konfliktrichtigkeit werde in der Folge dazu führen, dass der Sport in den 396 Kommunen darunter leiden werde. Der Sport werde davon ganz sicher nicht profitieren.

**Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)** äußert, er sei Stadtsportverbandsvorsitzender und Sprecher von zehn Stadt- und Gemeindesportverbänden im Kreis Paderborn. Er habe nicht das Gefühl, dass die durch diese Regelung übervorteilt würden. Er wisse nicht, wie das woanders ablaufe, aber im Kreis Paderborn gehe es nicht darum, laut zu schreien oder zu trommeln, sondern man spreche miteinander. In der Zeit, in der er Stadtsportverbandsvorsitzender sei, habe man miteinander gesprochen. In den kleinen Kommunen werde sehr wohl miteinander gesprochen.

Seines Erachtens seien die Stadtsportverbände durchaus in der Lage, ihre Wünsche mit einzubringen, mit ihren Kommunalpolitikern darüber zu sprechen und zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Er lade den Ausschuss gerne in den Kreis Paderborn ein, um sich dort die Sportstätten anzusehen. Man sei dort sehr gut damit gefahren, miteinander zu sprechen. Er meine nicht, dass das Niveau der dortigen Sportstätten so schlecht sei – auch nicht im Vergleich zu Duisburg –, dass man sich verstecken müsste.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Also mit der alten Regierung sind Sie sehr gut gefahren!)

– Schon früher habe man gute Gespräche miteinander geführt, und er gehe davon aus, dass es jetzt noch einfacher werde, miteinander darüber zu sprechen.

**Rainer Bischoff (SPD)** macht klar, er habe die Stadt- und Kreissportbünde angeschrieben, um sie über die Veränderungen und die damit verbundenen Gefahren zu informieren. Die anderen Dinge seien für ihn nicht relevant gewesen. Er habe die Stadt- und Kreissportbünde darauf hingewiesen, dass sie aufpassen müssten, angesichts der Veränderungen keine Nachteile zu haben.

Das Weitere sei ein internes Schreiben des LSB an die Staatssekretärin. Er gehöre dem Sportausschuss seit 17 Jahren an. Er sei Vorsitzender des Stadtsportbundes. Die CDU unterstelle ja dem LSB, dass Absprachen getroffen werden müssten, was gemacht werde. Das Schreiben spreche von Beschwerden der CDU, dass man ähnliche Positionen habe wie die SPD. Er, Bischoff, könne aber sehr gut selbst seine Positionen entwickeln, und er wisse auch, wie der LSB aufgestellt sei. Das habe ihn wirklich persönlich beleidigt, dass man ihn für so dämlich halte.

**MR Detlef Dohmen (MHKBG)** kann nichts darüber sagen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang eine Belastungsausgleichspflicht des Landes entstehen werde. Das wisse er nicht.

Er könne nur auf § 4 des Konnexitätsausführungsgesetzes verweisen. Der Belastungsausgleich sei immer aus dem jeweiligen Fachbereich zu suchen, das heiße also, über den Landeshaushalt vorzunehmen und nicht über Mittel des kommunalen Finanzausgleichs, also auch nicht über die Sportpauschale.

**StS Andrea Milz (StK)** erkennt ein Misstrauen den Kommunen gegenüber.

Wenn bisher eine Sportpauschale ganz im Sinne der Paragraphen ausgegeben worden sei, spreche doch nichts dagegen, das jetzt weiter so zu machen. Das könne gerne so bleiben. Es handele sich doch nicht um eine Anweisung, die Deckungsfähigkeit der Pauschalen in Anspruch zu nehmen. Sie äußere ja keine Kritik an dem bisherigen Verfahren, sondern sie eröffne einfach nur mehr Möglichkeiten.

Die Kommunalpolitiker hätten es doch in der Hand, dafür zu werben, weiterhin den Sport im Auge zu haben. Sie gehe davon aus, dass die Kommunalpolitiker, die im Sport aktiv seien, nicht akzeptierten, wenn dem Sport das Geld entzogen werde.

Das sei ja auch auf drei Jahre begrenzt, und es werde eine Evaluierung geben. Mit diesem Kaffeesatzlesen könne sie wenig anfangen.

Es habe doch bisher auch schon Gespräche gegeben. Das habe auch der Kollege von der CDU erwähnt. Sie kenne aber auch sehr wohl Bnde und Stadt- und Gemeindefortsportverbnde, bei denen das bisher eben nicht so gewesen sei. Nur dorthin ziele dieser Appell. Sie brauche niemanden zu überzeugen, der das sowieso immer tue. Aber die vielen, die es bisher nicht tten, wolle sie dazu anregen. Auch die seien frei in ihrer Entscheidung. Wenn die sich aus welchen Gründen auch immer entschieden, weiterhin passiv zu sein, sei das in Ordnung. Das sei demokratisch. Letztlich gehe es um Optionen. Die habe sie erweitern wollen. Das sei ihres Erachtens damit auch passiert.

Dass der Sport darunter leiden werde, seien große Worte. Man sollte sich das doch gemeinsam ansehen und dann auch in drei Jahren ehrlich zueinander sein, wenn man wisse, wie es wirklich gelaufen sei.

Es sei völlig klar, dass Konnexittsansprche nicht unmittelbar aus der Schlüsselmasse bedient werden dürften, so **Ralf Jäger (SPD)**. Aber Herr Dohmen wisse sicher schon, dass in § 3 – Kostenfolgeabschtzung – stehe, es sei eine Prognose zu treffen, was die vom Landesgesetzgeber zusätzlich übertragene Aufgabe koste. In dem Falle sei das beispielsweise, G9 an den Gymnasien zu organisieren.

Abs. 2 laute:

„Für die Prognose gemäß Absatz 1 sind die Kosten der übertragenen Aufgabe, die Einnahmen und die anderweitigen Entlastungen zu schtzen.“

Das heiße, mittelbar könne der Landesgesetzgeber natürlich bei dieser Kostenfolgeabschtzung auch geltend machen, dass aufgrund der gegenseitigen Deckungsfähigkeit verschiedener Pauschalen der Konnexittsanspruch geringer ausfalle.

**Hannelore Kraft (SPD)** versteht die Aussage von Frau Milz nicht, die Kommunen müssten entscheiden, etwas nicht zu tun. Bisher hätten die Kommunen die Möglichkeit, die Sportpauschale gesichert für den Sport auszugeben. Der Sport habe sozusagen im eigentlichen Sinne einen „Rechtsanspruch“, auch wenn das in dem Fall kein juristischer Fachbegriff sei. Damit das auch bei größeren Projekten gelinge, könne man ansparen. Dass die vorhandenen Mittel plötzlich auch für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden könnten, sei keine gesteigerte Flexibilität.

Sie bleibe deshalb bei der Vermutung, dass dahinter ein übergeordneter Zweck stehe, nämlich dem Konnexitätsproblem aus dem Weg zu gehen. Da sei man noch nicht bei der juristischen Klärung, wie am Ende alles auslaufe. Konnexitätsfragen würden in der Regel mit den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam besprochen. In diesen Runden, an denen sie mehrfach habe teilnehmen dürfen, gehe es sehr wohl um die Frage, was an anderer Stelle Gutes für die Kommunen getan werde. Kommunale sähen das natürlich in Gänze so, dass möglichst keine Zweckbindung erfolge, sondern eine gegenseitige Anrechnung erfolgen sollte.

Im Kreis Paderborn habe sich das vielleicht bisher gut regeln lassen. Aber vielleicht sei die Regelung demnächst nicht mehr ganz so einfach, wenn der Sport keinen gesicherten Anspruch auf die Mittel habe. Das werde vor Ort passieren.

Frau Milz sage es ja selber. Der Sport müsse also für seine Belange etwas lauter trommeln. Wenn das so sei, müsse man sich doch die Frage stellen, ob er das in seinen Strukturen denn überhaupt könne und ob er dafür eine ausreichende „Marktmacht“ habe. Sie bezweifle das mit den Vertretern der kommunalen Sportbünde vor Ort.

Insofern sei das keine gesteigerte Flexibilität, sondern die Landesregierung präsentiere hier eine Mogelpackung.

**Dr. Christos Georg Katzidis (CDU)** teilt die Auffassung der Staatssekretärin, was den verantwortungsbewussten Umgang vor Ort angehe. Er habe auch bislang vor Ort ausschließlich positive Erfahrungen gemacht, insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund in Bonn. Er glaube nicht, dass in seinem Bereich verantwortungslos mit diesen neuen zusätzlichen Möglichkeiten umgegangen werde.

Ein bisschen irritierend finde er die Aussage, dass die Sportpauschale in der Vergangenheit gesichert in den Sport gegangen sei. Er wisse nicht, wie das Controlling gemacht worden sei, aber das interessiere ihn wirklich brennend, weil er in der jüngeren Vergangenheit mit dem hauptamtlichen Geschäftsführer des Stadtsportbundes in Bonn – er sei selber Vorsitzender des Sportausschusses – versucht habe, nachzuvollziehen, wo in den letzten fünf Jahren die Sportpauschale hingegangen sei. Man habe es zumindest nicht ermitteln können. Das Geld sei in den Bereich des städtischen Gebäudemanagements gegangen. Man habe immer zu hören bekommen, es sei vermeintlich für Turnhallen verwendet worden. Keiner habe ihm sagen können, es seien 200.000 € in die Turnhalle X gegangen und 300.000 € in den Sportplatz Y gegangen. Er wisse es bis heute nicht und der Stadtsportbund auch nicht. Man versuche weiter, das zu ermitteln. Insofern sei er ein bisschen irritiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sind Sportausschussvorsitzender in Bonn? Das ist aber ein Armutszeugnis, das Sie sich da gerade ausgestellt haben! – Widerspruch von Dr. Christos Georg Katzidis [CDU])

Auf die Bitte von **Hannelore Kraft (SPD)**, das Verfahren in der vergangenen Legislaturperiode darzulegen, schildert **LMR Bernhard Schwank (StK)**, es habe einen Auftrag an Prof. Hübner gegeben, die Verwendung der Sportpauschale zu überprüfen. Es habe zwei zentrale Ergebnisse gegeben. Er habe an keiner Stelle feststellen können, dass die Sportpauschale zweckentfremdet ausgegeben worden sei. Aber es gebe eine hohe Intransparenz bei der Verwendung der Sportpauschale. Das sei das Problem. Das sei auch ein Ergebnis dieser Studie.

(Hannelore Kraft [SPD]: Dann wird es doch jetzt nicht besser!)

#### 4 Verschiedenes

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig den Terminplan für das zweite Halbjahr 2017 und für das Jahr 2018. (*siehe Anlage*)

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD, Grünen und AfD eine Ausschussreise aller Ausschussmitglieder nach Berlin zu den Leichtathletik-Europameisterschaften für drei Tage und zwei Nächte in der Zeit zwischen dem 7. und dem 12. August 2018.

gez. Holger Müller  
Vorsitzender

#### Anlage

19.10.2017/25.10.2017



## Terminplan 2017 - 2. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Juni/Juli	26	27	28	29	30	1	2	27.06.: Wahl MP Sitzungswoche
	3	4	5	6	7	8	9	Sitzungswoche
	10	11	12	13	14	15	16	Sitzungswoche
	(17	18	19	20	21	22	23	) Sommerferien 17.07. - 29.08. sitzungsfrei
	24	25	26	27	28	29	30	sitzungsfrei
August	31	1	2	3	4	5	6	sitzungsfrei
	7	8	9	10	11	12	13	sitzungsfrei
	14	15	16	17	18	19	20	sitzungsfrei
	21	22	23	24	25	26	27	sitzungsfrei
September	28	29	30	31	1	2	3	sitzungsfrei
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
Oktober	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche
	25	26	27	28	29	30	1	Sitzungswoche
	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche 04.10.: Präsidium/PGF 05.10.: Ältestenrat
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
November	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	(23	24	25	26	27	28	29	) Herbstferien 23.10. - 03.11. sitzungsfrei
	30	31	1	2	3	4	5	sitzungsfrei
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche
Dezember	20	21	22	23	24	25	26	Sitzungswoche
	27	28	29	30	1	2	3	Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche 2. Lesung HHG 2018
	25	26	(27	28	29	30	31	) Weihnachtsferien 27.12.2017 - 05.01.2018 - sitzungsfrei

□ = Plenarsitzungstage

() = Schulferien

\_ = Bundesrat

## Terminplan 2018 - 1. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Januar	1	2	3	4	5)	6	7	) <b>Weihnachtsferien</b> bis 05.01. sitzungsfrei
	8	9	10	11	12	13	14	Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	26	28	Sitzungswoche
Februar	29	30	31	1	<u>2</u>	3	4	Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11	sitzungsfrei
	12	13	14	15	16	17	18	sitzungsfrei
	19	20	21	22	23	24	25	Sitzungswoche
März	26	27	28	1	<u>2</u>	3	4	Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11	Sitzungswoche
	12	13	14	15	16	17	18	Sitzungswoche
	19	20	21	22	<u>23</u>	24	25	Sitzungswoche
April	(26	27	28	29	30	31	1	) <b>Osterferien</b> 26.03. - 08.04. sitzungsfrei
	2	3	4	5	6)	7	8	sitzungsfrei
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	<u>27</u>	28	29	Sitzungswoche
Mai	30	1	2	3	4	5	6	Sitzungswoche
	7	8	9	10	11	12	13	Sitzungswoche
	14	15	16	17	18	19	20	Sitzungswoche
	21	(22	23	24	25)	26	27	) <b>Pfingstferien</b> 22. - 25.05. sitzungsfrei
Juni	28	29	30	31	1	2	3	Sitzungswoche
	4	5	6	7	<u>8</u>	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche
Juli	25	26	27	28	29	30	1	Sitzungswoche

□ = Plenarsitzungstage

() = Schulferien

\_ = Bundesrat

## Terminplan 2018 - 2. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Juli	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	(16	17	18	19	20	21	22	) Sommerferien 16.07. - 28.08. sitzungsfrei
	23	24	25	26	27	28	29	sitzungsfrei
August	30	31	1	2	3	4	5	sitzungsfrei
	6	7	8	9	10	11	12	sitzungsfrei
	13	14	15	16	17	18	19	sitzungsfrei
	20	21	22	23	24	25	26	sitzungsfrei
September	27	28)	29	30	31	1	2	sitzungsfrei
	3	4	5	6	7	8	9	Sitzungswoche
	10	11	12	13	14	14	16	Sitzungswoche 12.09.: Festakt mit dem Landtag des Saarlandes
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche
Oktober	24	25	26	27	28	29	30	Sitzungswoche
	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche 02.10.: Präsidium/PGF 04.10.: Ältestenrat
	8	9	10	11	12	13	14	Sitzungswoche
	(15	16	17	18	19	20	21	) Herbstferien 15.10. - 26.10. sitzungsfrei
November	22	23	24	25	26)	27	28	sitzungsfrei
	29	30	31	1	2	3	4	Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11	Sitzungswoche
	12	13	14	15	16	17	18	Sitzungswoche
Dezember	19	20	21	22	23	24	25	Sitzungswoche
	26	27	28	29	30	1	2	Sitzungswoche
	3	4	5	6	7	8	9	Sitzungswoche
	10	11	12	13	14	15	16	Sitzungswoche
Januar	17	18	19	20	(21	22	23	sitzungsfrei
	24	25	26	27	28	29	30	sitzungsfrei
	31	1	2	3	4)	5	6	) Weihnachtsferien 21.12.2018 - 04.01.2019 - sitzungsfrei

□ = Plenarsitzungstage

() = Schulferien

\_ = Bundesrat